

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis monatlich durch
die Post bezogen 120,-
eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Ausgabepreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Zahlstellen-Anzeigen die
3 gespaltene Petit-Zeile
15,00,-
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 858 15, Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Drey.
Druck von C. A. H. Meissner & So., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 2002.

An die deutschen Brüder im Ruhrgebiet.

Die unterzeichneten Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands erklären ihr volles Einverständnis mit den Abwehrmaßnahmen der bedrängten Arbeiter, Angestellten und Beamten in den besetzten Gebieten.

Wir billigen ausdrücklich auch die von den Bergarbeiterverbänden aufgestellten Forderungen, insbesondere nach sofortiger Freigabe der Bergwerke und Zurückziehung der französisch-belgischen Soldaten von den Arbeitsstätten und nach Freigabe der völkerrechtswidrig verhafteten Werkleitungen und Beamten.

Wir fordern die gesamte Arbeitnehmerschaft auf, an diesen Forderungen festzuhalten und nicht nachzulassen in ihrem Widerstand gegen jeden südenden Eingriff der feindlichen Militärmassen in das deutsche Wirtschaftsgetriebe.

Im Namen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten im ganzen Reich und — so glauben wir — mit Zustimmung des ganzen deutschen Volkes sichern wir den deutschen Brüdern im Ruhrgebiet in ihrem gefährvollen Kampf nachhaltige Unterstützung zu.

Berlin, 22. Januar 1923.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner Freier Angestelltenbund.

Deutscher Gewerkschaftsbund.

Gewerkschaftsrat deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Deutscher Beamtenbund.

Kommunistische Gewerkschaften?

Der erfahrene Gewerkschafter, der gewohnt ist, über die Tagesereignisse hinaus seinen Blick zu werfen über das ihn umgebende Getriebe im Gewerkschaftsleben, er wußte längst, was der kommunistische Schwur für die Einheitsfront sein sollte: Worte, um Gedanken zu verborgen, ein Schild zur Verdeckung der Absicht, zur Abwehr der Wahrheit. Nur Naive könnten annehmen, die von der russischen Bolschewistengesetzgebung vorgeschobene kommunistische Partei Russlands habe zum Zwecke der Beeinflussung der russischen Außenpolitik auf die Schaffung neuer Gewerkschaftsinstanzen hingewirkt, lediglich der Staffage wegen. Die Zentrale der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau neben der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale hat doch nur Sinn als internationale Spiege von neuen (kommunistischen) Gewerkschaften. Das gleiche gilt für die in Berlin bestehende, von der Kommunistischen Partei geschaffene „Abteilung Gewerkschaften“. Diese Stelle ist das Gegenstück zum Bundesvorstand des ADGB. Die Zellenbauer in den Gewerkschaften haben Mitglieder zu werben, d. h. die gewerkschaftlich Organisierten reif zu machen für die zu schaffenden kommunistischen Verbände. Und weil das auf garadem Wege nicht ging, wurden die krummen eingeschlagen. Beschimpfung, Verleumdung, Besudelung der Ehre aller alten erfahrenen Gewerkschaftsführer, die im Kampfe ergraut sind, das waren und sind die Agitationsmethoden der neuen Gewerkschaftsführer. Allerdings, an den Idealismus, an das Solidaritätsempfinden der bereits Organisierten konnten die kommunistischen Agitatoren nicht mehr appellieren, da kamen sie zu spät. Also mußten die niedrigsten Instinkte wachgerufen und gefördert werden.

Wir haben damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit in allen Berufszweigen kommunistische Gewerkschaften gegründet werden. Neben den bestehenden freien, christlichen, Hirsch-Dunckerschen, unionistischen (die auch kommunistisch sind), syndikalistischen und sonstigen kleinen Gebilden haben wir nunmehr die kommunistischen Gewerkschaften. Daß die Bildung neuer Gewerkschaften das Gegenteil von Einheitsfront bedeutet, dürfte jedem, der denken kann, klar sein. Sie bedeutet eine weitere Zersetzung der Arbeiterschaft und die Schwächung ihrer Kampfkraft. An einem praktischen Beispiel wollen wir heute die Folgen der kommunistischen Zersetzungarbeit aufzeigen, vielleicht schreckt doch mancher Gewerkschaftskollege vor einem gleichen Schicksal zurück, wie es den französischen Gewerkschaften beschieden ist durch die von den Kommunisten herdeutige Spaltung.

Der französische Gewerkschaftsbund (CGT) hält vom 30. Januar bis 2. Februar seinen diesjährigen Kongress ab. Dazu erstattet das Zentralkomitee einen ausführlichen schriftlichen Bericht, der einen tiefen Einblick in die Wirkung der kommunistischen Spaltungsarbeit gestattet.

Nach den etwas umständlichen und problematischen Rechnungen — die französischen Gewerkschaften veröffentlichten keine Mitgliederstatistiken, die Mitglieder-

zahlen werden vielmehr nach den vom Zentralkomitee bezogenen Marken errechnet — hatten die französischen Gewerkschaften im Jahre 1913 rund 355 000 Mitglieder. Im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1914 betrug die Mitgliederzahl 364 000. Über die Mitgliederbewegung während des Krieges gibt es keine einigermaßen zuverlässige Statistik. Genaue Aufstellungen besitzen wir erst mit Abschluß der Demobilisierung nach dem Kriege, d. h. vom 1. Juni 1919 an. Die durchschnittliche Mitgliederzahl vom 1. Juni bis 31. Dezember 1919 betrug 1 364 128. Die Mitgliederzahl hatte sich also seit 1914 verdoppelt. Die Ursache dieser plötzlichen Zunahme ist

langt. Die Kommunisten hatten eingesehen, daß sie trotz ihrer gewalttamen Methoden nicht imstande waren, die Herrschaft zu erringen, besonders, als die Gewerkschaften sich entschlossen, die Zellenbauer auszuschließen. Sie zogen deshalb vor, die Gewerkschaften zu spalten. Seit dem 1. Januar 1922 gibt es in Frankreich auch eine kommunistische Gewerkschaftszentrale, über deren Stärke genaue Zahlen nicht vorliegen, deren Mitgliederzahl aber mit 100 000 wahrscheinlich noch zu hoch angesetzt ist. Der kommunistische Traum, die Arbeiter hinter ihre Fahne zu bringen, ist endgültig zerstört; sie haben zwar eine große Bewegung zerschlagen können, sind aber unfähig, eine neue aufzubauen. Den Vorteil davon haben allein die französischen Unternehmer und die reaktionären Gewaltpolitiker vom Schlag Poincaré, die nun ohne Hemmung durch die Arbeiterschaft ihre sauberen Pläne durchführen können.

Die Spaltung mußte natürlich auf die im Gewerkschaftsbund verbliebenen Organisationen schwächend wirken. Nach der vorliegenden Abrechnung betrug die durchschnittliche Mitgliederzahl des französischen Gewerkschaftsbundes während der ersten neun Monate 1922 402 616. Die französischen Gewerkschaften sind also nahezu auf ihren Vorkriegsstand zurückgeworfen. Einige der größeren Gewerkschaften, besonders die der Bauarbeiter, der Metallarbeiter und der Eisenbahner, sind noch weit hinter ihren Vorkriegsstand zurückgeworfen worden. Dagegen sind die Gewerkschaften der Beamten und Angestellten in öffentlichen Betrieben erheblich stärker als 1914.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die französischen Gewerkschaften die Krise überwunden haben und sich in einer langsamem und ständigen Aufwärtsbewegung befinden. Sie haben die Periode der revolutionären Phasenlogie überwunden und sind dabei, ihren Organisationen ein festeres Gefüge auch in finanzieller Hinsicht zu geben. Sie gehen auch dazu über, Unterstützungsseinrichtungen einzuführen. Der bevorstehende Gewerkschaftskongress wird sich ausschließlich mit diesen Fragen befassen, und es ist zu hoffen, daß es ihm gelingen wird, dem schwierigen Aufbauwerk die Wege zu ebnen.

Ist es notwendig, daß auch die deutsche freie Gewerkschaftsbewegung ähnlich wie in Frankreich zerrüttet wird auf Wunsch einer Partei, deren Leitung aus verantwortungslosen Menschen besteht? Wir glauben nicht. Was haben denn die französischen kommunistischen Gewerkschaften leisten können? Nichts, als daß sie die Arbeiterschaft den Unternehmern gegenüber widerstandslos gemacht haben. Was hat denn der kommunistische Bauarbeiterverband mit dem Sit in Chemnitz schon für Heldentaten aufzuweisen? Bis jetzt hat er nur den Nachweis erbracht, daß Worte noch keine Taten sind.

Wie soll denn nun die Zersetzung der Gewerkschaften durch die kommunistische Partei verhindert werden? Durch rücksichtlose Entfernung der Zellenbauer aus den Gewerkschaften. Zu diesem Zwecke müssen aber alle vernünftigen, also nichtkommunistischen Mitglieder der Verbände zusammengefäßt werden. Diese Gruppen müssen sich eine Führung geben. Mit anderen Worten: Überall dort, wo die Zellenbauer tätig sind, wo kommunistische Fraktionen bestehen, sind DVPD-Fraktionen zu bilden als Gegengewicht gegen den zerstörenden Einfluß der kommunistischen Fraktionen. Die Bildung dieser DVPD-Fraktionen darf nicht hinausgeschoben, sondern muß sofort in Angriff genommen werden, ehe die in Wiesdorf und Ludwigshafen begonnene Organisationszersetzung weiter um sich greift. Es gilt einer Krankheit im Anfangsstadium zu begegnen. Wer die gewerkschaftliche Organisation lebens- und kampffähig erhalten will, schreite mit zur Abwehr der zerstörenden Elemente.

Die Kommunisten und die Wahrheit.

Diese beiden Dinge stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser. Das ist allerdings nicht verwunderlich, ist doch die Anwendung der Unwahrheit ein von Moskau verordneter Programmsatz. Wenn schon Größen wie Sinowjew und Lojowski liegen, daß sich die Ratten biegen, warum sollen das ihre Säuglinge nicht tun? Das Lügen ist aber ein notwendiges Küstzeug der Kommunisten, denn eine faule Sache, wie z. B. die in Ludwigshafen, läßt sich auf ehrliche Art nicht begründen und verteidigen, und „daß eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend immer Böses muß gebären“. Den Beweis bringt „Die Rote Fahne“ Nr. 13 vom 17. Januar 1923. Sie schreibt:

In der Woche vom 8. bis 14. Januar fanden in allen 21 Ortsvereinen der Zehnstellen Ludwigshafen des Verbandes der Fabrikarbeiter Mitgliederversammlungen statt, die sämtlich fast vollständig von allen Mitgliedern des Fabrikarbeiterverbandes besucht waren, so daß wegen Übersättigung an einigen Orten Parallelversammlungen angelegt werden mußten, die sich ohne Ausnahme fast einstimmig hinter die Beschlüsse der Generalversammlung vom

Er kennt sie.

Mir müssen die Regierungsmaschine so gestalten, daß an der Spitze wichtiger Ämter nicht Männer stehen, die auf diesem Gebiete nichts verstehen. Unsere Kommunisten sind ja lauter prächtige Kerle, aber für praktische Arbeit taugen sie nicht. In der Theorie ist bei uns alles so vorsichtig, daß der pünktlichste Deutsche daran seine Freunde haben möchte, aber in der Praxis geht alles drunter und drüber, und niemand weiß, wofür er eigentlich verantwortlich ist. Wir haben zwar eine große Reinigung der Ämter durchgeführt. Hunderttausende von Lumpen, Dienstboten und Fatulenzen haben wie zum Censur gesagt. Das war gut, aber das genügt noch lange nicht. Behutsame müssen noch dasselbe Schicksal erleiden. Wir brauchen ausschließlich Leute, die wirklich was leisten können und wollen. Unser gefährlichster Feind ist heute der kommunistische Redner, der auf wichtiger und verantwortungsvoller Stelle sitzt. Von diesem Feind müssen wir uns und den Staat befreien. Die große bevorstehende Reinigung gilt den Parteiführern, die sich auch für Administratoren halten. Das sind die großen Propagandisten und Agitatoren, die zwar Alles niederguziehen verstanden, aber unschädlich sind. Deutet an seine Stelle zu setzen. Ihr ganzes Tagewerk besteht in der Erfindung von neuen und immer schöneren Theorien. Die Steinarbeit des Alltags interessiert sie nicht, sie ist ihnen zu lästig und beschwerlich.

Zeitschrift des allgemeinen Metallarbeiterkongresses im Februar 1923.

7. Januar statteten. Diese Mitgliederversammlungen zeigten die Geschlossenheit und Einmütigkeit der 16 000 Mitglieder, die sich der Diktatur des Hauptvorstandes nicht beugen. Zu all diesen Versammlungen wogten die reformistischen Vereinbarungen nicht zu erscheinen. In zwei Orten, die vom Streik weniger berührt waren, hielten sie selbst Versammlungen festgesetzt, aber im letzten Moment wieder abgezogen. Aber so ganz verloren sind die fünf abgezogenen Angestellten denn doch nicht. Die AnhängerInnen haben ein weitverzweigtes Verständnis für sie. Die 21 Sklavenbedingungen, die die Gewerkschaftsführer erarbeitet haben, befassen zwar, daß jedwede Propaganda, Besprechungen und Versammlungen innerhalb der Fabrik unterstellt und mit sofortiger Entlassung bedroht ist. Aber seit Montag laufen die fünf entlassenen Verbündeten in den Betrieben der Anilinfabrik herum, um Vertrauensmänner zu werben. Und damit glauben sie das Vertrauen der Mitglieder und ehrliche Vertrauensmänner werben zu können.

Nach dieser sauerer Arbeit berieben sie auf den 11. Januar eine "Vertrauensförderung" ein, zu der nur geladene Gäste trafen hätten. Verschämt wurden auch einige zur rechtmäßig gewählten Ortsverwaltung stehende Kollegen eingeladen, da der Kreis der Geladenen doch gar zu gering ist. In dieser Vertrauensförderungsversammlung sind erschienen: die entlassenen Beamten, 4 (in Wörtern: vier) Arbeiter aus den Betrieben, die gewillt sind, den Segen der Anilinfabrik in Empfang zu nehmen, und zwei Kollegen, die die bestehende Ortsverwaltung zur Information dingeziichtet hatte. Der Bericht der abgezogenen Beamten entsprach auch ganz der Situation. Sie sind überzeugt, daß von den 16 000 Mitgliedern doch wohl noch 500 bis 600 der entlassenen Angestellten frei bleiben und eine neue Ortsverwaltung bilden werden.

Indes hat die von den beiden Generalversammlungen ergänzte und erweiterte Ortsverwaltung ihre Tätigkeit nach dem Willen der Gewerkschaftsmitgliedschaft aufgenommen und mit der Selbstauskunft begonnen, wobei sie zeigte, daß die Hoffnungen der früheren und jetzt entlassenen und ausgeschlossenen Beamten auf eine große Zahl Abstreiter sich nicht bestätigt. Die Fabrikarbeiter in Ludwigshafen liefern den Beweis, daß sie ihrer gewerkschaftlichen Organisation froh des Verfalls und der Feindseligkeit der reformistischen Führer trennen bleiben. Die Ortsverwaltung hat beschlossen, von der nächsten Woche an ein eigenes Verbandsorgan herauszugeben, das an Stelle des seitherigen Verbandsorgans der Mitgliedern gratis zur Verfügung gestellt wird.

Die "Rote Fahne" hat mit diesen Ausführungen so viel Schwund auf engem Raum gehaust, daß selbst die kommunistische Mannheimer "Arbeiter-Zeitung" davor zurückgeschreckt, diesen Schwund nachzutragen, obwohl sie sonst jede von der "Roten Fahne" gebrachte Unwahrheit weiterverbreitet.

Zunächst sei festgestellt, daß die Zahlstelle Ludwigshafen nicht 21, sondern 38 Bezirke umfaßt. Allerdings haben die kommunistischen Organisationsvertreter versucht, überall zu werben für ihre neue gewerkschaftliche Parteigruppe. Aber auch in den 21 Bezirken, wo sie Versammlungen zustande brachten, war der Versammlungsbesuch in der Regel außerordentlich schwach und wies nur kommunistische Anhänger auf. Die Mitglieder unseres Verbandes haben sich vor den 21 kommunistischen Theateraufführungen ferngehalten. Sie sind eine bessere geistige Nahrung gewohnt. In den von unserer Zentralstellenleitung eingerichteten Versammlungen haben die Anwesenden die Haltung der Verbandsleitung gebilligt, und in Frankenthal, einem der größten Bezirke, wurde den Angestellten ausdrücklich durch Beschuß das Vertrauen ausgesprochen.

Auch zu der Verleumdung der "Roten Fahne", unsere Angestellten könnten ungehindert im Betriebe herumlaufen, und die Anilinfabrik hätte ein weißes Verständnis für sie. Tatsache ist, daß unsere Verbandsangestellten zur Einleitung der Betriebsratswahl innerhalb des Werkes die Vertragsleute zusammenberieten gegen den Willen der Direktion. Unsere Vertreter nutzten sich dieses Recht unter Hinweis auf die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen erstmals sicher. Daß die kommunistischen Jünglinge diese gesetzlichen Bestimmungen nicht kennen, ist nicht unsere Schuld.

Die "Rote Fahne" findet anscheinend Trost über ihren geringen Erfolg in Ludwigshafen in der wiederholten Beleidigung "Die abgezogenen Angestellten". Sie bildet sich ein, die bestehende Diktatur über das Proletariat schon ausüben zu können. Aber gemacht; außer den Lebenden, die sich Kommunisten nennen, gibt es auch noch Leute, die etwas zu sagen haben, und diese haben sogar die übergroße Mehrheit. Das regelrechte Verbandsleben ist bei uns wieder im Gange wie vorher. Nicht allzu viele ließen sich durch die Großsprechereien der Verbandsvertreter irre machen. Die Erneuerung hat bei den Kommunisten bereits Platz gefunden, und wenn sie — wie "Die Rote Fahne" ankündigt — ein eigenes Verbandsorgan herausgeben wollen, dann mögen sich die Freigelenken die Frage vorlegen, wohin wohl das Geld hierzu fließen mög.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1921

Mehrten an Zahl und Umfang wie im Vorjahr war die des Jahres. Die Arbeitslosen Anzahl der Lohnarbeiterinzen erhöhte in höherem Maße seit Jahren es auch im ersten Jahrzehnt so, wie wenn ein Schild und in der Entwicklung der deutschen Industrie erwartet werden könnte. Es wurde diese Hoffnung durch ein erneutes Sintern der Wirtschaft wieder bestätigt. Weiters blieben die Preise in letzter Zeit erheblich und gaben eine erhebliche lastende Last von Lohnarbeiterinzen auf. Wenn Lohnforderungen der Arbeiter ausgeworfen werden, so ist auf sie die Reaktion "Lohnabschüttungen" eben noch auswendig. In Deutschland trifft es die Arbeitsschlacke in einer Bindung ab, denn sie ist so unbeholfen folgt einer in ihrem Streik auf geplante Kapitalistische Welt, so ist die erhebliche Last mit leichter Verleidung behoben. Dieser Zettel entspannte Spann, der Gewerkschaften kann nicht einmal als sozialem Ergebnis bezeichnet werden, denn trotz Steigerung der Löhne zu großen Summen wird der Abstand zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer weiter, und dieser Abstand ist auf der Arbeiterschaft lastende Last der Lebensmittel. Aber die von den im Deutschen Reich Gewerkschaften und Gewerkschaften betriebene im Jahre 1921 geistige wirtschaftliche Bewegungen erzielte eine dem Kapitalistischen Welt, so ist die erhebliche Last mit leichter Verleidung behoben. Dieser Zettel entspannte Spann, der Gewerkschaften kann nicht einmal als sozialem Ergebnis bezeichnet werden, denn trotz Steigerung der Löhne zu großen Summen wird der Abstand zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer weiter, und dieser Abstand ist auf der Arbeiterschaft lastende Last der Lebensmittel.

Die berüchtigten Betriebe schließen zusammen 25 265 Betriebe, die sich auf 68 234 Orte und 286 100 Betriebe mit 12 722 272 arbeitenden Personen erstrecken. Da dieser Ge-

wegungen waren 17 887 229 Personen, davon 4 203 977 weibliche beteiligt.

Die erheblich großen Zahlen an Betrieben, Beschäftigten und Beteiligten ergeben sich dadurch, daß im Laufe des Jahres in den gleichen Betrieben wiederholt Bewegungen stattfanden, waren in der Regel die gleichen Personen beteiligt waren, die bei jeder Bewegung auch als Beteiligte gezählt werden müssen. Da der Zusammenfassung aller Bewegungen im Jahre kommen dann in den Statistiken der einzelnen Verbände höhere Zahlen von Betrieben und Beteiligten zustande als sie der Betrieb überhaupt aufweist. Das Ergebnis der Statistik zeigt aber ganz folgerichtig das wirkliche gewaltige Ausmaß der im Jahre 1921 vorgekommenen wirtschaftlichen Bewegungen an.

Die überwiegende Mehrzahl der Bewegungen, und zwar 49 488 = 89,7 % aller Bewegungen, an denen 16 446 157 Personen = 93 v. H. der Gesamtzahl beteiligt waren, wurden auf dem Wege der Verhandlungen Friedlich erledigt. In 5707 Fällen mit 1 241 072 Beteiligten kam es zur Arbeitsniederstellung. Von diesen Beteiligten stellten 1 109 191 Personen, darunter 221 490 weibliche, die Arbeit ein, während 81 881 Personen ausnahmsweise dieser Bewegungen ihre Forderungen ohne Arbeitsniederstellung bewilligt erhalten. In den Bewegungen mit Arbeitsniederstellung zählen sowohl Streiks wie auch Aussperrungen. Von den gefallenen Bewegungen wurden 54 234 mit 17 343 228 Beteiligten geführt zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und in 971 Fällen handelte es sich um die Abwehr von Verschlechterungen derselben; an diesen Abwehrbewegungen nahmen 344 001 Personen teil.

Den Angriffsbewegungen liegen in 53 709 Fällen Lohnforderungen der Arbeiter zugrunde, in 288 Fällen handelt es sich um Lohnforderungen in Verbindung mit einer verlangten Verkürzung der Arbeitszeit, in einem Falle um eine Verkürzung der Arbeitszeit allein und in 201 Fällen um sonstige Forderungen. Die Ursachen der Abwehrbewegungen waren in 34 Fällen eine Verbesserung der Arbeitszeit, in 414 Fällen eine Lohnkürzung, in 24 Fällen eine Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnkürzung, in 155 Fällen Mafregelung und in 344 Fällen entstanden die Bewegungen aus anderen Ursachen.

Da die Aussperrungen ein Kampfmittel der Unternehmer bilden, ist die Kenntnis über die Zahl und den Umfang dieser Kämpfe notwendig. Die darüber gemachten Feststellungen ergaben, daß 579 Aussperrungen stattfanden; die Zahl der ausgesperrten Personen betrug 207 943, davon 55 291 weibliche. Die Aussperrungen wurden verhängt in 290 Fällen zur Abwehr von Forderungen der Arbeiter, in 124 Fällen aus Maßnahmen gegen Angestelltestreiks, in 180 Fällen zur Durchführung von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, in 7 Fällen als Maßnahmen gegen Abwehrstreiks und in 28 Fällen aus sonstigen Ursachen.

Von den gesamten Bewegungen wurden 24 899 durch Vergleichsverhandlungen beendet. Die Verhandlungen wurden geführt in 288 Fällen direkt zwischen den Parteien, in 99 823 Fällen zwischen den Unternehmern, ihren Vertretern und Vertretern der Arbeiter und in 12 199 Fällen unter Teilnahme anderer Personen (Schließungsaufläufen und Einigungsräumen). Ein Tarifvertrag wurde abgeschlossen in 5505 Fällen für 1 559 354 Personen, ein bestehender Tarifvertrag verlängert oder erneuert in 3015 Fällen für 2 394 511 Personen und ein Nachtrag zu einem bestehenden Tarifvertrag in 8505 Fällen für 4 881 219 Personen abgeschlossen.

Die Durchführung aller Bewegungen verursachte eine Ausgabe von 245 410 417 Mk., davon kommen auf die Bewegungen ohne Arbeitsniederstellung 12 235 126 Mk. und auf die Streiks und Aussperrungen 233 173 291 Mk.

Durch die gesamten Bewegungen hatten 17 293 068 = 97,8 v. H. aller Beteiligten einen Erfolg. Es erreichten 23 731 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 180 187 Stunden und 14 587 113 Personen eine Lohnverhöhung von zusammen 1 095 510 837 Mark pro Woche; sonstige Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielten 3 654 689 Personen.

Auch der erreichten Erfolgen mehrten an Verschlechterungen ab 24 011 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 133 774 Stunden und 142 105 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 3 229 785 Mk. die Woche. Für 1921 Personen wurde Maßregelung und für 73 230 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abgewehrt. Trotz Abwehr traten an Verschlechterungen ein für 7502 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 12 681 Stunden und für 57 959 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 3 617 810 Mk. die Woche. Von der Summe an Lohnkürzung kommt für 55 975 Personen zusammen 3 558 028 Mk. auf Bewegungen des Metallarbeiterverbandes im Saargebiet. Die große Summe erklärt sich aus dem Umstände, daß die Lohnkürzungen in Franken erfolgten und diese nach dem damaligen Währungsstande in Mark umgerechnet wurden.

Da nicht alle Verbände an der Statistik beteiligt sind, so ist die Gesamtkurve der Lohnverhöhung, die für die im ADGB vereinigten Mitglieder erreicht wurde, noch wesentlich höher als die zusammenfassende Auswertung. Rechnerisch ergibt sich auf Grund des vorliegenden Zahlenmaterials, daß im Jahre 1921 auf jede beteiligte Person eine durchschnittliche Lohnverhöhung von 75,45 Mk. die Woche gegen 53,35 Mk. im Vorjahr entfällt. Es beachtlich die erhebliche Steigerung von 21,90 Mk. aus für die durch die Gewerkschaft erzielte Preissteigerung der Lebenshaltungskosten kommt damit nicht ausgeschlossen werden. Die Erhöhung der Lebenslage der Arbeiterschaft auf den Stand der Vorkriegszeit ist die nächste schwere Aufgabe, welche die Gewerkschaften zu erfüllen haben. Ihre Lösung erfordert die volle Geschlossenheit der Arbeiter und die planmäßige Anwendung ihrer sozialpolitischen Machtmittel im beharrlichen Kampfe.

Das herrlichen Zeiten

(Aglitata in der Kaiserlichen Majolikafabrik Cadinen.)

Von Dr. Hartwig Wittig.

Das Buch "Hohenholzen, Wilhelm II. und sein Haus", in dem ich soeben blättere, gab mir Anlaß zu manigfachen Betrachtungen. Der zweite Abschnitt behandelt die Majolikafabrik Cadinen. Ein ergötzliches Erlebnis wird mir an die Zeit meiner Tätigkeit als Gewerkschaftsangehöriger des Fabrikarbeiterverbands in Oppenheim wachgerufen. Nach der politischen Umwälzung, die sich in Deutschland vollzog, brach das Erlebnis nicht mehr verheimlicht zu werden. Es ist vielmehr dazu angeht, an jener heutigen Gewerkschaftsmitgliedern, besonders den heutigen Kommunisten, den damals noch vorwiegend Unorganisierten und Gewerken, ein drastisches Beispiel der Schwierigkeiten agitatorischen Wirkens im stilleren monarchistischen Deutschland zu geben.

Es war im Frühjahr 1909. Der Fabrikarbeiterverband unternahm einen agitatorischen Vorstoß in das Siegeleigentum der Haffküste bei Elbing. Mit dem alten Kollegen Petersen (Elbing) begab ich mich eines Tages, mit Weckmann unseres Verbandes ausgerüstet, in dieses Gebiet, in dem auch die Kaiserliche Majolikafabrik lag. Wie hatten Sakko und Hanken belegt und kamen in Cadinen an. Hier kehrten wir in das Gasthaus ein, am unsere Frühstücksteller zu verzeihen. Auf der Veranda nahmen wir Platz. Mein Wirt erkundigte wir uns, ob wir das Gut Cadinen beschädigen könnten, was er bezahlte, und ob man auch die Majolikafabrik beschädigen könnte. Das sei, sagte uns der Wirt, mit Schwierigkeiten verbunden. Auf einmal erschien auf der Bildfläche ein Gendarm. Einen guten Morgen wünschte, geht er an uns vorüber, in die Gossinde hinein. Wir hören, wie er zu dem Wirt sagt: "Rote Stricke haben in Pankow Flugblätter verteilt und sind in der Richtung Cadinen verkehrt. Das schlägt uns, daß sie die Zeitung Cadinen verfehlten! Haben Sie hier was von den Rechten gehört?" — Aus der Gossinde heraus verrikt man mir noch ein Flüsser. Wir machen uns, die Situation begreifend, auf die Stricke, nach dem Gute zu. Als wir uns auf dem Wege dorthin umwenden, sehen wir den Gendarm hinter uns. Flugs schlecken wir einen rechts abliegenden Hohlweg ein. Hier steht adels eine urale, mächtige Rieseneiche, die ihrer Schönwürdigkeit halber bekannt ist. Innen ist sie wohl, ein Tisch und Stühle befinden sich in ihr. Dort schlupfen wir hinein. Der uns verfolgende Gendarm geht vorbei und den Hohlweg weiter. Wir können ihn verdecken. Er kommt bald zurück, brummt etwas vor sich in den Bart hinein und lenkt seine Schritte nach dem Gäßchen. Wir nehmen diese Gelegenheit wahr und gehen auf unser Ziel, die Majolikafabrik, los. Hier kommen wir nicht an Haupteingang, sondern hinteraus am Maschinenhaus an. Die Fabrikstrenne gibt das Alttorgelzel an. Einen Maschinisten, den wir erblicken, bitten wir, uns hinzulassen. Er weigert sich und verweist darauf, daß wir uns beim Meister — am Haupteingang — melden müßten. Ich erkläre darauf bestimmt, meine Armatürche im Arme, daß ich hinein muß, da ich von der Gewerkschaftskontrolle komme, also im amtlichen Auftrage. Nun schließt der Maschinist die Pfotze auf und läßt uns herein. Wir suchen den am Maschinenhaus liegenden Majolikoland auf. Hier sind etwa 100 Arbeiterinnen beschäftigt. Sie führen an ihren Arbeitsplätzen und nehmen ihr Mittagessen ein. Ohne ein Wort einredend, mende ich mich zu den Arbeitern hin mit der Bemerkung, ich nicht hören zu lassen, wir wollen nur eine kurze Schilderung vornehmen und Ihnen ein kleines Merkblatt über Sozialversicherung auf den Arbeitsplatz hinlegen, das sie mit nach Hause nehmen und aufmerksam durchlesen sollen. Darauf zeigen wir Frau Müller an über Entlohnung und Arbeitszeit ein. Erstens, unsere Mission erfüllt und dem Gendarmen ein Schnippen geschlagen zu haben, treten wir den Heimweg an.

Später gelang es uns, etwa 80 Arbeiter und Arbeitern der Kaiserlichen Majolikafabrik Cadinen, die ihren Wohnsitz in Tollkemitz hatten, im Fabrikarbeiterverband zu organisieren, über Wilhelm's Majolikafabrik ist in bürgerlichen Blättern viel "Herrliches" geschrieben worden. Da kamen unsere Entnahmen im "Proletarier" und in der Parteiopresse: Hungerhähne in der Kaiserlichen Majolikafabrik Cadinen, 60 bis 80 Pf. Taglohn für Arbeitnehmer bei zehnstündiger Arbeitszeit, 1,20 bis 1,40 Mk. für Arbeiter bei 10- bis 12stündiger Arbeitszeit pro Tag.

Das sah wie eine Bombe an und entfachte den bürgerlichen Agitationen und Wilhelm II. als Arbeitgeber in der erbärmlichen Gestalt. Unter erster Vorsitzender Kollegen Sprey hatte die Zustände in der Kaiserlichen Majolikafabrik Cadinen damals im Reichstage einer schweren Kritik unterzogen. Die Folge war, daß den Arbeitern und Arbeitern je 20 bis 30 Pf. den Tag von der Verwaltung Wilhelm abgezogen wurden.

Seit dieser Zeit sind 13 Jahre vergangen. Was hat sich da nicht alles getan! Wieso hört man von den Arbeitern, es habe sich wenig oder nichts getan. Dies ist höchstes Gerede. Wer Jahrgänge lange Gewerkschaftsarbeiter hinter sich hat, wird anders urteilen. Eine frischgelegte Schweren, zischen Kleinkämpfen haben wir durch unseren Verband in der Vorkriegszeit zu führen. Nichts ist uns leicht in den Schlag gefallen. Die Agitation wurde von allen Widerläufern der Arbeiterschaft gehemmt und verhindert. Doch hat unsere Agitation und Kritik, wo wir als Organisation noch nicht stark genug waren, der Arbeiterschaft manche Besserung gebracht. Heute sind wir eine Macht!

Alle Gewerkschaftsmitglieder, die die frühere schwere Gewerkschaftsarbeit mit durchgelebt haben, werden heute dankbar und freudig empfinden. Auch ist gewiß viel zu erläutern, aber der Weg ist frei! Waren die Gewerkschaften in der Vorkriegszeit von den Unternehmen nicht nur nicht geforderte und von den Behörden verfolgte Einrichtungen, so sind sie heute von der Verfassung anerkannte und gesetzlich verordnete Gebilde im Wirtschafts- und Staatsleben — Es gilt der Einfluß zu vermehren durch positive Arbeit. Darauf muß ein jedes Verbandsmitglied mitarbeiten. Dann erst kann die Zeit kommen, daß wir uns den Platz erobern, der uns gebührt in der Tafel der Gesellschaft.

Papier-Industrie

Verrat von Geschäftsgeschäften.

In den letzten Jahren wurde der Betriebsaufsichtsbehörde einer schändlichen Papierfirma plötzlich erlassen, weil er in einer Betriebsversammlung, zu die Arbeiterschaft zu beruhigen, sie vor Unbefriedigungen zu bewahren, um eine Steigerung des Betriebes durch Streik zu verhindern. Da er in einer Sitzung des Betriebsrates durch die Vertriebsetzung mitgeteilt wurde. Obwohl dieser Betriebsaufsichtsbehörde nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern auch im Interesse der Firma und nicht zuletzt im Interesse des bestehenden Tarifvertrages diese Amtshandlungen der Arbeiterschaft zuließ, der Betrieb vor wirtschaftlichen Gefahren bewahrte, wurde er entlassen wegen der Preissteigerung der Lebenshaltungskosten!

Zur weiten Art Angestellten und Arbeiter zur Preisgabe von Geschäftsgeschäften verriet werden, geht aus der nachstehenden Anzeige hervor:

Gormel gefordert!

Wir sind Amerikaner und brauchen eine chemische Formel, ein Verfahren oder eine Methode, um vollkommen durchsetzige Tiefdruckblätter herzustellen, ähnlich dem unter dem Namen Cellophane bekannten französischen Erzeugnis. Gormel die chemische Formel für uns anzugeben kann, so darf das Werk nicht zu kostenfrei herstellen. Auch darf die Sitzung nicht zu kostspielig sein.

Die Sitzung und die chemische Herstellung annehmen, so kostet für Sie eine gute Stellung im Laboratorium in Aussicht, aber dies hängt vollkommen davon ab, wie sich die Formel oder die Lösung aus. Gormel eines Konkurrenzunternehmens Verfahren praktisch und kampfbereit beweisen. Geben Sie ein Rezept Ihrer Lösung und vollständige Anweisung, wie Sie zu bearbeiten ist, ferner ein Handbuch eines daraus hergestellten Blattes. Geben Sie zunächst die Angabe des benötigten Materials an, die Länge der Zeit, die zur Herstellung der Lösung nötig ist und den Preis, den Sie für die Formel beanspruchen. Schreiben Sie genau

Rechtsprechung.

Kommunistische Verbandszersetzung vor Gericht.

Als es seinerseits durch die sahungswohlige, verbandschädigende Tätigkeit der Heckert, Brandler, Bachmann und Genossen notwendig wurde, den Chemnitzer Bezirksvorstand des Betriebsarbeiter aufzulösen, blieben im Besitz des neu gegründeten kommunistischen Bauarbeiterverbandes ein Vereinsbestand von 28 202,12 Mk. und verschiedene Gegenstände. Die Herausgabe dieser Güter an den Verband wurde verwirkt. Dem Verbandsvorstand blieb daher nur der Klagezug übrig, wenn er der Verbandszersetzung und dem verbandsfreien Mitgliedern des Bezirksparens Chemnitz, die ein Anrecht auf das Vereinsvermögen hatten, Rechnung tragen wollte. Die Verbandszersetzung vom 1. Juli 1920 bestieg im § 11 Absatz 2: „Trifft ein Verein aus dem Verbande aus, oder wird er durch irgendwelchen Umstand aufgelöst, so fällt das Vereinsvermögen ohne weiteres der Hauptstelle zu“, und im § 35 war klar ausgesprochen, daß ausgeschlossene oder ausgetretene Vereine oder Mitglieder kein Anrecht an das Vereinsvermögen des Verbandes haben. Sollte sich ein Verein aus oder wied er vom Verbandsvorstand und Beirat aufgelöst, so sind die der Organisation gehörenden Bücher, Gelder nach die Lokalkassenbestände und sonstigen Utensilien dem Verbandsvorstand einzusenden oder an die Stelle abzuliefern, die der Verbandsvorstand bestimmt.“ (In der Satzung des Baugewerksbundes siehe § 32.)

Die Klage gegen den Verband der Ausgeschlossenen und seinen Kassierer Bruno Gräpner kam vor dem Landgericht Chemnitz zum Ausklang, das am 14. Dezember 1922 das Urteil verkündete. Danach werden die Beklagten verurteilt, an die Vermögensverwaltung des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, G. m. b. H., in Hamburg, die oben erwähnten 28 202,12 Mk. zu zahlen, nicht den Jänen, die zu 4 Prozent jährlich seit dem 1. Mai 1921 aufgeladen sind, sowie die folgenden Gegenstände herauszugeben: ein Fahrrad, einen Schreibkasten, einen Schreibmaschinentisch, einen Vertriebsfertigungssapparat, einen Geldkasten, eine Kartothek mit Schrank, einen Schreibkasten mit Stuhl, eine Papierbeschreibemaschine, eine Zuglampe und eine Vereinsfahne. Die Urteilsbegründung spricht aus, daß bei der Auflösung des Bezirksparens sahungswohlig verfahren worden ist und je komit gültig ist. Danach sei das Vereinsvermögen nach § 11 Absatz 2 der Satzungen ohne weiteres der Hauptstelle zu, und es war nach § 35 Absatz 4 der Satzungen an den Verbandsvorstand einzusenden und abzuliefern. Die Chemnitzer kommunistischen Parteimaurer hätten im ganzen Lande die unmoralische Behauptung verbreitet, der Verbandsztag hätte sahungswohlig gehandelt, weil er ihren Vertreter, Hans Richter, nicht als Beschwerdeführer zugelassen habe. Darüber heißt es wörtlich in der Urteilsgründen: „Der Verbandsztag hat unstrittig auf die erhobene Beschwerde des Chemnitzer Bezirksparens den Auflösungsbefehl bestätigt. Dass der Chemnitzer Bezirksparein hierbei in seinem Rechte, gehört zu werden, geschändet worden wäre, ist nicht zutreffend. Richtig ist allerdings, daß man den entstandenen Vertreter Hans Richter zum Gehör nicht zugelassen hat. Richter war aber auch kein ordnungsmäßiger Vertreter im Sinne des § 35 Absatz 3 der Satzungen, da er als Mitglied des Chemnitzer Bezirksparens nach dessen Auflösung nicht mehr Mitglied des Verbandes war, der gegen die Auflösung beschwerdeführende Verein sich aber nach der Sahtungsbestimmung im Beschwerdeverscharen nur durch ein Mitglied vertreten lassen durfte.“

Da der Verband in vollem Umfang abgesetzt hat, fallen die gesamten Kosten des Rechtsstreites den Beklagten zur Last. Das Urteil wird für jede Seite eine Lehre sein, die glauben, sie könnten mit dem durch die Mitglieder selbst geschaffenen Gesetz, der Bundeszahung, nach ihrem Gefallen Schindluder freien. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß auch in Siegen Jettel und seine Anhänger sich weigerten, mit der Lokalkasse abzurechnen. Zur Sicherung des Vereinsvermögens mußte schließlich auch hier der Gerichtsweg beschritten werden. Die Endrechnung war aber auch dann noch nicht leicht, da Jettel in Nr. 204 des „Kämpfers“ vom 20. Dezember 1922 die Behauptung aufstellte: „Aus dieser Abrechnung ist ersichtlich, daß nicht der Hauptvorstand in Hamburg sondern noch die Ausgeschlossenen 4292,85 Mk. Gelber zu erhalten haben, da die Lokalkasse zur Deckung der Unkosten nicht ausreichte.“ In Wirklichkeit kam es nun so: Als bei den Anseihungen über die Herausgabe der Bureauanleihungen und der Hauptkassen gelber auch über die Vereinskasse abgerechnet wurde, ergab sich außer dem Ratenbestand der Vereinskasse vom dritten Vierteljahr im Betrage von 77 077 Mk. noch das Vorhandensein eines Streitfonds von 170 000 Mk. Nach geschehener Abrechnung war noch ein Betrag von 248 437 Mk. einschließlich 32 000 Mk. Abstandsumme für eine alte Schreibmaschine an die Vermögensverwaltung des Deutschen Bauarbeiterverbandes herauszugeben. Jettel und Genossen hatten also nicht 4292 Mk. zu beanspruchen, sondern sie zahnten 248 437 Mk. herauszuzahlen. Die Zahlung ist auch bereits geleistet. Durch dieses Beispiel ist von neuem bewiesen, wie wenig wahrheitsstrebend und wie gemessenlos die Anhänger des kommunistischen Ausgeschlossenverbandes die Offenheitlichkeit zu unterrichten pflegen.

Unfürthliche Entschädigung der Lehrlinge.

Am 20. Dezember füllte das Gewerbege richt Chemnitz-Stadt ein Urteil, das allgemeine Beachtung verdient. Ein im dritten Lehrjahr stehender Lehrling der elektrotechnischen Fabrik Oskar Schmidt, Chemnitz, klagte auf Herausgabe des Arbeitslohnnes. Als Grund der einseitigen Auslösung des Lehrverhältnisses wurde die zu niedrige Entlohnung angegeben. Der Lehrling erhielt im dritten Lehrjahr Dezember 1922 pro Woche 120 Mk.! Wir lassen das Wesentliche der Urteilsbegründung folgen, es heißt:

Für den gegenwärtigen Rechtsstreit sind jedenfalls die Partei vereinbarungen maßgebend, und nach diesen handelt es sich noch dem Lehrvertrag um einen Lohnanspruch des Klägers und Widerklagten. Dieser Lohn ist in der von dem Beklagten und Widerklagten gezahlten Höhe von 120 Mk. unsäglich niedrig. Nach dem Lehrerfrage hat sich der Beklagte und Widerklagte verpflichtet, gewisse Mindestlöhne zu zahlen. Aus dieser Bestimmung ergibt sich auf der anderen Seite noch, daß der Lohn den jeweiligen Verhältnissen angepaßt werden soll. Anders ist wenigstens in einem Falle der vorliegenden Art die Bezeichnung des Lohnes als Mindestlohn nicht aufzufassen. Es bedarf nur wohl keiner weiteren Ausführung darüber, daß ein Wochenlohn von 120 Mk. bei einem Lehrling im dritten Lehrjahr unter Berücksichtigung der derzeitigen Lebensbedingungen nicht mehr angemessen ist. Wenn man die Verhältnisse vom September 1919, unter denen der Lehrvertrag abgeschlossen wurde, mit den derzeitigen vergleicht, so wird man in diesem Fall einen Lehrer auf eine Steigerung um das Zwiehundertfache kommen müssen, wenn man eine angemessene Entlohnung zugutelegen will. Es würde dies die Hälfte von der Steigerung der Löhne sein, die im Durchschnitt ein gelernter Arbeiter in der erwähnten Zeit erfahren hat. Der Kläger und Widerklagte hätte nach dem Lehrvertrag 8 Mk. monatlich zu erhalten gehabt. Unter den jetzigen Verhältnissen würden es nach der obigen Rechnung 1600 Mk. monatlich sein müssen. Diese noch sehr geringe geprägte Löhne erreichen noch nicht einmal die, die in der Metallindustrie für die Lehrlinge fast regelmäßig vorgesehen sind. Das erkennende Gericht erbrückt in der unfürthlichen niedrigen Bezahlung eine Überdeckung des Klägers und Widerklagten und maßte daher den Lehrvertrag auf Grund von § 124, Absatz 4 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 127 der Gewerbeordnung für ordnungsgemäß gelöst ansehen. Der Beklagte und Widerklagte ist daher auch verpflichtet, dem Kläger und Widerklagten dessen Arbeitsbuch herauszugeben.

Dieser Fall widerlegt zunächst einmal schlagend die von der Rechten eifrig kolportierte Behauptung von der hohen Entlohnung der Jugendlichen und gibt zugleich allen, die in gleicher Not leben, die Waffe in die Hand, sich unter Umständen trotz Lehrvertrages und Unvermögen des Handwerkmeisters eine angemessene Entschädigung zu sichern.

Übersichtstabelle über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Monat Dezember 1922.

Ort	Zahlstellen	Zahl der Mitglieder						Arbeitslose Mitglieder			Gesamtzahl				
		insgesamt	davon haben berichtet	am Schluß der letzten Woche des Monats	über die berichtet wurde	männl.	weibl.	zgl.	(unterstützte und nicht unterstützte) am Orte und auf der Reise	männl.	weibl.	zgl.	der von Kurzarbeit betroffenen		
1	44	26	47 054	20 604	67 658	48 829	20 152	63 981	677	728	1456	23	606	841	1447
2	72	46	49 896	18 895	68 291	42 932	12 712	55 644	373	566	989	87	1482	2488	3920
3	47	35	40 240	17 561	57 281	37 151	16 799	53 950	515	427	942	90	2484	2410	4844
4	78	59	27 342	7 268	34 610	24 700	6 514	31 214	690	198	278	33	1068	834	1743
5	9	6	10 986	2 563	12 594	10 408	2 458	12 861	558	163	781	16	578	103	681
6	18	12	42 801	14 872	57 173	35 173	12 053	47 226	443	406	849	209	766	682	1443
7	36	35	53 109	37 803	100 912	62 807	37 658	100 591	909	1229	2138	49	1884	1385	3269
8	46	38	23 751	12 728	46 454	20 028	11 852	41 876	701	463	1184	92	1161	499	1660
9	28	20	17 556	8 592	26 148	14 356	6 662	21 018	545	520	1074	19	461	1227	1678
10	32	23	15 726	7 902	23 627	14 689	7 642	22 531	687	438	1125	16	1188	480	1678
11	29	29	24 238	10 405	34 648	22 610	10 068	32 678	850	104	754	22	2426	1933	4559
12	16	18	29 814	8 051	87 871	17 282	5 815	23 097	149	56	206	14	1849	1800	3049
13	17	13	39 870	15 823	54 711	30 745	12 249	42 994	908	618	1626	25	1886	1052	2438
14	16	11	22 931	8 821	31 752	19 922	7 565	27 487	109	37	146	29	808	266	1074
15	49	31	46 519	20 642	67 161	40 671	10 429	60 100	1142	643	1785	98	1373	2366	
16	14	10	17 285	5 293	22 578	13 181	4 084	17 207	160	125	285	18	1018	785	1798
Dezember	562	415	527 616	212 928	789 439	460 574	168 741	654 315	8906	7080	15986	733	20613	17078	37691
November	564	374	533 946	215 159	749 105	453 719	192 495	645 214	8472	7550	16022	644	14462	16315	29786

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Ungerechtes und Unwahres aus der kommunistischen Presse.

Unter dieser Überschrift war im „Proletarier“ Nr. 3 im letzten Absatz zu lesen:

„In dem Artikel (der „Roten Fahne“) ist auch die Rede von „der unerträglichen Diktatur eines Brey“. Der Kollege Brey ist über ein Menschenalter Vorsitzender des Verbandes, und erst jetzt merkt man etwas von dieser unerträglichen Diktatur. Das kommt wohl daher, daß die Entdecker noch gelb waren, als Brey bereits drei Jahrzehnte für die Arbeiterklasse kämpfte. Außerdem kann es eine Diktatur Brey nicht geben, denn in allen wichtigen Verbandsangelegenheiten entscheidet der Vorsitzend. Aber das wissen die gewerkschaftlichen ABC-Schüler nicht, für sie ist Brey und Vorsitz ein und dasselbe Begriff. Arme Menschen. Viel zu spät werden ihr einsehen, daß die Kommunisten für die Unternehmer arbeiten.“

Dazu schreibt nun der Kollege Jenker aus Rammen, ein alter erfahrener, in der Praxis ergrauter Gewerkschaftskollege:

Während einer 15jährigen Mitgliedschaft und agitatorischen Tätigkeit im Fabrikarbeiterverband habe ich so manchen Charakter und Menschen kennen gelernt. Von einem Verband mit seinen Einrichtungen hatten Unorganisierte oft die tollsten Vorstellungen. Nach dem Eintritt in den Verband änderte sich das auch nicht gleich in den nächsten Wochen oder Monaten. Wohl bekam jedes Mitglied ein Statut und lasend die Zeitung, aber von 100 Mitgliedern kennen höchstens zehn die im Statut niedergelegten Bestimmungen, welche, von den Verbandstagtagen beschlossen, abgedämpft oder ergänzt. Gültigkeit haben für alle Mitglieder, Vertrauensleute, Bevollmächtigte, Geschäftsführer und Vorstandsvertreter. Die Verbandszeitung wird, ach, von so vielen Kolleginnen insbesondere und Kollegen nicht gelesen. Die Verbandstagprotokolle geben Aufklärung über neue Einrichtungen im Verbande. Aber zum Lesen gehört vor allem viel Interesse, aber auch Lust und Zeit.

Diese meine Ausführungen wären unterblieben, wenn mich wenige Zeilen im „Proletarier“ nicht hierzu veranlaßt hätten. In der Nummer 3 dieses Jahres auf Seite 12 ist von der „Diktatur eines Brey“ die Rede. Mit diesem Schlagwort werden die Kommunisten Geschäfte machen, denn die Zahl derer ist groß, die von Verbandseinrichtungen und -verwaltung keine Ahnung haben und immer an den ortsgewaltigen (Gemeinde-) Vorsitz oder an den Militärvereins-, Gesangvereins-, Turnvereins o. s. w. denken, wenn vom Verbandsvorstand Brey die Rede ist. Ich bedauere außerdemlich, daß der Vorwurf der Diktatur, von Brey ausgeübt, nicht mit aller Schärfe zurückgewiesen worden ist. Beim Lesen der Worte: — „denen in allen wichtigen Verbandsangelegenheiten entscheidet der Vorsitzend“ — denken alle die, mit deren Dummkopf, Verzeihung, Unwissenheit die Kommunisten rechnen, an den Gemeindevorstand oder Vereinsvorstand und erkennen die Tägigkeit des Kollegen Brey als Diktator. Solchen Leuten gegenüber hätte — damit sie es begreifen — deutlich auseinandergesetzt werden müssen, daß der Hauptvorstand besteht aus drei Vorsitzenden, zwei Kassierern, drei Sekretären, dem Redakteur und zehn Beisitzern, insgesamt also aus 19 Mitgliedern, die insgesamt beschließen.

Der Kollege Jenker hat schon recht; aber manchen Mitgliedern gegenüber vermag auch die peinlichste Deutlichkeit, weil sie einfach nichts lesen. Einige Geistige gibt es überall, die solchen Mitgliedern die Last des Lesens abnehmen und die Armen im Geiste dann über das Verbandsleben bestingen, daß ihnen die Augen übergehen. Gegen eine gewisse Eigenschaft ist eben kein Kämpfer gewachsen. Die Red.

Berichte aus den Zahlstellen.

Regensburg. Pioniere der Arbeiterbewegung. Unser Kollege Baptist Hagen feierte am 28. Januar 1923 seinen 60. Geburtstag und kann zugleich auf eine 40jährige Zugehörigkeit zur Partei und auf eine 10jährige Amtstätigkeit im Fabrikarbeiterverband zurückblicken. Als Gründer der sozialistischen Bewegung in Regensburg war er ungemein großen Schwierigkeiten und Verfolgungen während der Zeit des Sozialistengeset

Erhaltung der im eigenen Lande bereits erkämpften sozialen und politischen Errungenschaften. Wer ohne Diktatur nicht leben kann, der mag der Ansicht sein, es sei für ihn besser, statt Freiheit den französischen Militärfürstentum oder die australische bolschewistische Faschismus zu spüren. Solche Menschen verdienen wirklich keine Freiheit, weil sie mit ihr nur Missbrauch treiben. Wer aber mit uns betreut ist, die in Deutschland von den „Verrätern“ seit Jahrzehnten im zähen Kampf errungenen Freiheiten und Fortschritte auszuwerten und auszubauen, der unterschreibt mit uns moralisch und, wenn nötig, materiell die gegen militärische Brutalität und gegen die geplante Lohnsklaverei kämpfenden Arbeiter und Angestellten im Ruhrgebiet. Die Arbeiterschaft muss aber jede Provokation von der äußersten Rechten wie von der äußersten Linken abweisen, damit sie nicht sich und das Reich in unübersehbares, nicht wieder gut zu machendes Elend stürzt.

Frauenfragen.

Über den Frauenüberschuss.

Generell bei den betriebsfähigen Altersklassen, in Europa macht die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ folgende Angaben: Von 475 Millionen Menschen sind ungefähr 250 Millionen Frauen. Der Frauenüberschuss vor dem Kriege war ungefähr 95, jetzt beläuft er sich auf etwa 25 Millionen. In Russland kamen vor dem Kriege auf 100 Männer 1042 Frauen, 1820 über 1299 Frauen. In Deutschland wurden vor dem Kriege 1028 Frauen auf 1000 Männer gerechnet, nach dem Kriege 1100.

Frau und Krieg.

Während von den jungen Männern im Alter von 20 bis 5 Jahren vor dem Kriege nur verhältnismäßig wenige vom Tode hinweggerafft wurden, stieg die Zahl der Toten aus diesen Jahren ja. Aber die Sissons über die weiblichen Selbstmorde in den Großstädten sind sprechend. In den Großstädten mit über 100000 Einwohnern stieg die Zahl der weiblichen Selbstmorde wie folgt:

1914 . . . 1902	1915 . . . 1121
1916 . . . 1258	1917 . . . 1371
1918 . . . 1494	

Das geht sicher nicht sehr, wenn man die Ursachen dieser Steigerung in der Gestaltung der sozialen Verhältnisse in den Großstädten während des Krieges sieht. Der Mangel an Lebensmitteln wachte sich in den Großstädten natürlich um starken bemerkbar. Die Zahl der in den Munitionsfabriken weit über das Dutzend hörer arbeitenden Frauen war ebenfalls in den großen Städten verhältnismäßig am größten. Diese besonders zusätzlichen Verhältnisse werden die jüngsten Voranzeigungen geschaffen haben, die jedes Jahr mehr Frauen in den freiwilligen Tod hießen.

Literarisches.

Die Geschichte des Schlichtungswesens von Dr. O. Glatz, Berlin Buchdruckerei Dorpat, Berlin SW 62, Lindenstraße 3. Wer die aus der Feder Glatzs bis jetzt erschienenes Schriftenkunst, der weit, dass Glatz immer sie und gründlich schreibt. In einer reichen, 40 Seiten umfassenden Broschüre behandelt Glatz die Grundbegriffe des kollektiven Arbeitsrechts, den Begriff der Gesamtrechtigkeit unter besonderer Berücksichtigung des Entwickelns der Schlichtungsordnung, Gesamtrechtigkeit und Einzelrechtigkeit, Betriebsrat und Einigungspflicht; zum Schluss befaßt er sich mit fiktiven Schiedssprüchen.

Arbeitsfragen im Saargebiet vom 12. bis 13. November v. J. fand im Saargebiet ein Kongress bei dem A.G.B. angehörenden Gewerkschaften des Saargebiets. Auf diesem Kongress wurden folgende Fragen behandelt: Die Sozialfrage im Saargebiet; Die Staatsfrage im Saargebiet; Das Arbeitsrecht im Saargebiet; Die Schaffung eines Sozialsekretariats. Der demographische Schrift wurde in Bruchstückform herausgegeben und ist zum Preis von 50 Pf. pro Exemplar durch das Bezirkssekretariat auf 0,50 DM. Saarbrücken, Eisenbahnhofstraße 30, zu beziehen.

Die Theorie des modernen Sozialismus. Für die Jugend dargestellt von A. Böckel, Bielefeld. Dritte, erweiterte Auflage, bearbeitet und gebunden, 144 Seiten. Grundpreis 1 Th., postl. 1,30 DM. Das Herausgegebene Zahl des Verlages (Anfang Januar 1921) herausgegeben und zu beziehen vom Arbeitersjugend-Verlag, Berlin SW 62, Lindenstraße 3. Es noch nicht einem Jahre sind aktuelle Exemplare des zweiten Werkes von Adolf Graebow erschienen, so dass schon jetzt die dritte Auflage, 12. bis 17. Dezember des Jahres, erwartet wurde. Die ersten beiden Auflagen sind fast von jüngsteren größeren Zeitungen, Zeitschriften und Jugendblättern in Deutschland und von verschiedensten Blättern des sozialdemokratischen Auslaufs in einer Weise besprochen worden, die wirklich jedes weitere Wort der Erwähnung überflüssig macht. Die Theorie des modernen Sozialismus ist durch einen Aufsatz über den Begriff des Sozialismus erneut worden, der das Verständnis des sozialdemokratischen Sozialismus dem jüngsten Jahr jenseits ungeliebter Bezeichnungen noch leicht erleichtert. So ist der dritten Auflage des Buches mindestens dasselbe Torge zu empfehlen, das den ersten Auflagen eingeschlossen wurde.

Die Arbeiter-Jugend-Bewegung. Einführung in ihre Geschichte, I. Teil von Kurt Körber, II. und 3. Teil erneutem im Frühjahr 1921. Bezeichnet, 30 Seiten. Grundpreis 0,80 Th. Das Herausgegebene Zahl des Verlages (Anfang Januar 1921) herausgegeben und zu beziehen vom Arbeiter-Jugend-Verlag, Berlin SW 62, Eisenbahnhofstraße 3. Die Arbeiterjugendbewegung hat sich heute eine starke Stellung in der Gesamtarbeiterbewegung Deutschlands als eine lebhafte in der sozialen und sozialistischen Jugendbewegung erworben. Die erneute Erwähnung der Arbeiterjugendbewegung hat sie für früher unzureichende und ungenau organisierte Arbeiterschaft rühmen lassen. Eine Reaktion der Antikette der Jugend aufzutreten, hat sie bis oft genau selbst gegen den Willen der erwachsenen Arbeiterjugend getan. Dem Buch ist eine interessante Zusammenfassung aller die sozialpolitischen Untersuchungen der Bewegung vorangestellt. Diese beginnen die eigentliche Wiederholung der Arbeiterjugendbewegung vor der Gründung des sozialdemokratischen und sozialen Verbundes von 1914 bis 1918. Was die zur der gebundenen Gewerkschaften die Form der gesellschaftlichen Darstellung, nach vor allem auf die Schärfe und Klarheit der Sprache bestrebt, kann man das Buch ohne weiteres neben „Neues Material“ der deutschen Sozialpolitik“ halten. Der zweite und dritte Teil des Buches sind auch im Frühjahr dieses Jahres erschienen. Die Herausgabe in Einzelheiten erledigt in angemessener Weise die Ausgestaltung des Buches.

In „sozialer Gasse“ steht der soeben erschienene 3. Band „Gesetz und Sozialismus“ der neuen Serie „Die Reiter und Zeitschriften“ (Verlag Brodbeck), mit dem ein sehr deutscher Verlag erfreut. Wir folgen dieser Zeitschrift mit großer Freude ein herausragender Denker der Sozial-

Übersichtstabelle über die Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1922.

Ges.	Jahreszeit	Mitgliederzahl am Schlusse des Quartals	Zu- oder Abnahme gegen das 3. Quartal 1922	Arbeitslose Mitglieder am Orte und auf der Reise im 4. Quartal 1922 (unterflüsse und nicht unterflüsse)	Von den Arbeitslosen bezogen Verbands- unterstützung im Quartal											
					am Orte und auf der Reise											
					mitgl.	weibl.	juf.	mitgl.	weibl.							
1	44	47 054	20 604	67 658	-	447	1 462	1 443	2 904	612	11 568	249 266	526	11 092	256 123	
2	72	48 236	13 895	68 291	+	421	888	884	1 772	620	8 691	359 795	696	10 185	238 755	
3	47	40 240	17 561	57 801	-	1 763	1 496	3 014	992	19 988	607 988	853	14 197	381 857		
4	78	27 342	7 268	34 610	+	66	1 079	307	1 386	841	14 188	462 250	141	2 986	55 489	
5	9	10 936	2 563	13 549	-	490	834	244	1 078	376	5 886	182 521	110	1 801	45 931	
6	18	42 301	14 872	57 173	+	1 387	419	449	868	319	5 904	200 234	399	4 504	106 281	
7	36	63 109	37 803	100 912	-	564	1 643	2 040	3 683	1 327	28 499	945 897	1149	22 800	611 978	
8	46	33 731	12 723	46 454	+	1 237	1 207	588	1 795	680	10 850	438 775	307	6 111	103 929	
9	28	17 556	8 592	26 148	-	296	726	611	1 337	409	7 601	271 778	359	7 800	213 481	
10	32	15 725	7 902	23 627	+	228	1 180	542	1 722	558	9 126	250 035	114	3 860	93 470	
11	39	24 238	10 405	34 643	+	1 408	956	847	1 803	624	6 971	83 616	571	4 967	71 780	
12	18	29 814	8 067	37 871	-	366	876	88	964	842	3 630	135 090	66	1 432	83 638	
13	17	39 839	16 332	54 711	+	1 140	1 555	1 085	2 840	913	15 925	667 350	655	7 565	891 727	
14	15	22 931	8 821	31 752	-	409	776	287	1 063	268	4 637	74 232	158	1 797	11 249	
15	49	46 519	20 642	67 161	-	8 723	2 187	1 369	3 556	1 246	22 253	1 035 774	457	8 964	178 463	
16	14	17 285	5 293	22 578	-	676	401	811	712	260	4 418	185 685	166	3 779	90 183	
Im Verband		662	527 616	312 823	739 939	-	2 746	17 685	12 612	30 297	10 387	175 183	6 150 174	6626	112 720	2 839 703

Nachstehende Jahrestellen haben nicht berichtet:

Gau 1: Bergkirchen, Bockenem, Burgdorf, Minden, Neustadt a. Rhine, Northeim, Peine, Uelzen; Gau 2: Aken, Allerdingen, Salzungen, Schraplau, Stadtilm, Ebendorf; Gau 3: Ansbach, Freiburg, Karlstadt, Kronach, Marktredwitz, Schnaittach, Schweinfurt, Wiesau; Gau 4: Bamberg, Landshut, Moosburg, Petershausen, Reichental, Trossingen, Tübingen, Velden; Gau 11: Altötting, Dettingen, Freudenthal, Hörb, Möllingen, Rottweil, Sulzbach, Schwennen, Ulm; Gau 12: Ladenburg, Ludwigshafen, Rockenhausen, Sodenheim, Speyer; Gau 13: Frankfurt a. M., Heidelberg, Limburg, Marburg; Gau 14: Euskirchen, Aachen, Sollingen, Trier; Gau 15: Bolzenburg, Börnbach, Oldenburg, Oldesloe, Pahlhude, Pries, Rotenburg, Twistringen, Varel, Westerland, Winsen; Gau 16: Dortmund, Essen, Hagen, Siegen.

Gau 15: Delmenhorst, Oldenburg, Marne, Varel, Hohenwestedt, Twistringen, Hemmoor, Quickborn, Nageburg, Neustadt i. Holst., Westerland, Neumünster, Hamburg, Pries, Dömitz, Bützen.

Gau 16: Essen, Duisburg, Barmen, Solingen, Arnsberg.

Von Freitag, den 12. Januar, an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Gau 1: Osnabrück 8000,- und 6000,- Lachendorf 37 013,- Wolfsburg 148 311,- Minden 2241,50 und 1 498 500,- Goslar 1500,- und 2 031 264,- Hannover 2 000 000,- Wisselhövede 20 000,- und 20 000,- und 25 000,- und 25 000,- Hüffen 97 939,- Alsfeld 613 020,48,- RL-Rhiden 3700,- und 76 489,- Leine 89 660,- Hildesheim 1 299 733,- Hameln 175 000,- Uslar 13 494,- Bramsche 87 400,- Celle 300 000,- Bodenfelde 180 000,- Bergedorf 78 982,- Einbeck 558,-

Gau 2: Königslutter 405 218,- Obersleben 203 684,- Torgau 47 869,- Coswig 590,- und 789 397,- Höllendoer 32,- Annaburg 20 709,- Genf 1234,- Halberstadt 600,- Höhne 1 308 539,- Eilenburg 467 384,- Halle 2490,- Alzey 17 815,- Herzberg 83 042,40,- Burg 60 000,- Seifertsmühl 9798,- Lippstadt 61 058,- Weferlingen 500 000,- Erdeborn 105 061,- Gr.-Rottmersleben 159 443,- Schöningen 242 459,- Neuwaldeleben 27 512,- Siegen 41 177,- Allerdingen 120 583,-

Gau 3: Rethen 387,- Schwibus 42 388,- Herzfelde 40 000,- Velten 434 286,- Gr.-Westen 250 000,- Prinzwalk 19 518,- Prenzlau 175 087,- Frankfurt 254 165,- Oranienburg 100 000,- Havelberg 31 115,- Brandenburg 1 000 000,- und 914 090,- Jülich 3982,- Siegburg 134 407,- Potsdam 46 608,-

Gau 4: Tettau